

# à propos

Das  
Friedensmagazin  
von KOFF



## Kolumbien – Die kommenden Herausforderungen

swiss  
peace

Schweizerische Friedensstiftung  
Fondation suisse pour la paix  
Fondazione svizzera per la pace  
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

---

[Kolumbien: Ein Abkommen, das zu Frieden führen kann?](#)

---

2

dossier

---

[Archive: Grundlage für die Vergangenheitsarbeit in Kolumbien](#)

---

[Nationales Abkommen, lokale Umsetzung?](#)

---

[Für eine starke Rolle der Zivilgesellschaft im kolumbianischen Friedensprozess](#)

---

[Mit Kunst gegen die Gewalt in den Städten Kolumbiens](#)

---

[Gefährliche Lage für MenschenrechtsverteidigerInnen in Kolumbien](#)

---

[Wirtschaft, Menschenrechte und Friedensprozess in Kolumbien](#)

---

[Neue Schweizer Kooperationsstrategie für Kolumbien](#)

---

3

erfahren  
sie mehr  
darüber

---

[Inwiefern ist das kolumbianische Friedensabkommen innovativ?](#)

---

[Virtuelles Archiv von Friedensverträgen](#)

---

[Gender und Friedensförderung in Kolumbien](#)

---

4

aktuell

---

[swisspeace / KOFF](#)

---

[KOFF Trägerorganisationen](#)

---

[International](#)

---

5

agenda

---

[Bevorstehende Veranstaltungen](#)

---

## editorial

Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien hat über ein halbes Jahrhundert gedauert; die jüngsten Verhandlungen vier Jahre. Nachdem im Oktober 2016 ein erster Friedensvertrag in einem Referendum abgelehnt wurde, haben sich die kolumbianische Regierung und die Guerilla der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee (FARC-EP) in einem überarbeiteten Abkommen geeinigt. Das am 1. Dezember 2016 in Kraft getretene Abkommen soll einen Konflikt mit über 220'000 Opfern, fast sechs Millionen Binnenflüchtlingen und 60'000 Vermissten beenden.

Trotz dieses Erfolgs steht Kolumbien immer noch vor zahlreichen Herausforderungen. In dieser Hinsicht muss der Fokus jetzt vor allem auf den Prozessen der Vergangenheitsarbeit, aber auch auf der Lösung sozialer Konflikte, auf der Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Frauen und der Jugendlichen am Friedensprozess sowie auf der Vereinbarkeit der wirtschaftlichen Interessen mit der Verteidigung der Menschenrechte liegen. Nur die Zukunft kann zeigen, ob dieses Abkommen, das von vielen als innovativ bezeichnet wird, wirklich zur Schaffung eines dauerhaften Friedens in Kolumbien beitragen kann.

Marie Seidel, Redakteurin

schwerpunkt

# Kolumbien: Ein Abkommen, das zu Frieden führen kann?



Strassenkunst in Bogotá, Kolumbien. Creative Commons/ Juan Cristobal Zulueta

Nach vierjährigen Verhandlungen zwischen der Guerilla der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee (FARC-EP) und der kolumbianischen Regierung in Havanna ist am 1. Dezember 2016 das Friedensabkommen in Kraft getreten. Dies, nachdem ein erster Vertrag vom kolumbianischen Volk in einem Referendum abgelehnt worden war, was die Konfliktparteien zu Nachverhandlungen zwang. Nach mehreren gescheiterten Friedensverhandlungen in der Vergangenheit ist dies ein historischer Moment für Kolumbien und die Erwartungen sind entsprechend hoch.

Das ambitionöse Abkommen sieht eine Reihe von Massnahmen vor, um die in Havanna verhandelten Punkte umzusetzen. Wichtige Themen sind die Rechte der Opfer, der illegale Anbau von Drogen, die landwirtschaftliche Entwicklungspolitik, die politische Partizipation der FARC und die Beilegung des bewaffneten Konflikts, welche einen permanenten Waffenstillstand beinhaltet. Im Folgenden werden einige der zunächst anstehenden Herausforderungen des kolumbianischen Kontextes beleuchtet.

Bezüglich der Wiedergutmachung an die Opfer des Konfliktes wurden schon vor dem Abschluss der Verhandlungen Massnahmen getroffen. Im Rahmen des Gesetzes über die

Opfer und die Landrückgabe haben seit 2012 bereits über sechs Millionen Opfer Wiedergutmachungsmassnahmen erhalten und es wurden rund 194'900 Hektaren Land zurückerstattet. Gleichzeitig betreibt die Regierung aber eine Investitionspolitik, bei der diese marginalisierten Bevölkerungsgruppen durch agroindustrielle Grossprojekte und intensiven Rohstoffabbau in Bedrängnis geraten. Dies führt dazu, dass die Ungleichheit zwischen arm und reich in Kolumbien – sowieso schon eine der höchsten weltweit – noch verstärkt wird.

Des Weiteren polarisiert der Friedensprozess die kolumbianische Öffentlichkeit. Anders als in den 90er Jahren war der bewaffnete Konflikt mit der FARC in den letzten Jahren für die Bevölkerung in den Grossstädten kein Teil der Alltagsrealität mehr – für Teile der Landbevölkerung aber schon. Der öffentliche Rückhalt für die Beweggründe der FARC ist nach tausenden von Entführungen und der Finanzierung ihrer Aktivitäten durch den Drogenhandel kaum mehr vorhanden. Damit die Eingliederung der ehemaligen KämpferInnen ins politische und zivile Leben gelingt, braucht es jedoch die Unterstützung der breiteren Bevölkerung. Deshalb werden weitreichende Informationsbestrebungen von Behörden, Schulen, zivilgesellschaftlichen sowie internationalen Akteuren über die Vorteile des Friedensprozesses weiterhin – und angesichts des Abstimmungsresultats umso mehr – notwendig sein.

Sogar bei einer reibungslosen Integration der FARC ins zivile Leben ist Vorsicht geboten, was die Erwartungen an eine verbesserte Sicherheitslage betrifft. Neben der weiterhin bestehenden kleineren Guerilla Ejército de Liberación Nacional (ELN), mit der nun am 6. Februar Friedensverhandlungen beginnen sollen, agieren im ganzen Land zahlreiche bewaffnete Gruppen, die zu grossen Teilen aus der Demobilisierung paramilitärischer Gruppen hervorgingen. Diese sind im lukrativen Geschäft mit der Cocapflanze tätig und sind grösstenteils für die hohe Kriminalitätsrate verantwortlich. Schätzungen gehen davon aus, dass die FARC zuletzt nur noch über etwa 7000 Kämpfende verfügte. Nicht zuletzt hatten sie bereits Monate vor dem Abschluss der Verhandlungen in Havanna einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen.

Die ersten Wochen und Monate des Demobilisierungsprozesses, der bereits im Gange ist, werden zeigen, wie viele der FARC-Kombattanten sich definitiv demobilisieren und ein ziviles Leben beginnen werden und wer sich anderen bewaffneten Gruppen anschliessen wird. Der Prozess der Demobilisierung der Paramilitärs in den 2000er Jahren hat gezeigt, dass der Anreiz zu Zweitem gross ist, wenn die angebotenen Integrationsmassnahmen weniger attraktiv sind. Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte hat im Dezember 2016 alarmierende Worte über die Gefährdung des Friedensprozesses gefunden, weil die Zonen, welche für die Entmilitarisierung der FARC vorgesehen sind, noch nicht über notwendige Infrastruktur wie sauberes Trinkwasser, sanitäre Anlagen und gesundheitliche Versorgung verfügten. Auch angesichts dieser Umstände liegt die Befürchtung nahe, dass sich KämpferInnen nicht entwaffnen werden.

Frühere Prozesse haben zudem gezeigt, dass die demobilisierten Kombattanten Gefahr laufen, bedroht und umgebracht werden. Nachdem die Regierung und die FARC 1984 ein Waffenstillstandsabkommen vereinbart hatten, wurde die Patriotische Union als politischer Arm der Guerilla gegründet. Nach anfänglichen Erfolgen in kommunalen Wahlen wurden in den folgenden Jahren an die 3'000 Parteimitglieder meist durch paramilitärische KämpferInnen und teilweise in Koordination mit staatlichen Akteuren ermordet. Diese

Erinnerung ist den heutigen FARC-Mitgliedern überaus präsent. In der Tat haben der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte und NGOs den Umstand kritisiert, dass die Gewalt gegenüber MenschenrechtsverteidigerInnen und sozialen Führungspersonen, auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die der FARC nahestehen, im zweiten Halbjahr 2016 dramatisch zugenommen hat. Dies wird unter anderem darauf zurückgeführt, dass sich die anderen bewaffneten Gruppen im Hinblick auf den Abzug der FARC neue Einflussgebiete erkämpfen. Zwar verfügt der kolumbianische Staat über ein aufwändiges System von Schutzmassnahmen für Personen, die aufgrund ihrer vergangenen oder aktuellen politischen Tätigkeiten um ihr Leben fürchten müssen, doch die Wirksamkeit dieser Massnahmen ist sehr beschränkt. Die historische Abwesenheit des Staates in den ländlichen Gebieten sowie komplizierte bürokratische Abläufe zwischen den einzelnen Behörden und Korruption machen es fast unmöglich, präventive Schutzmassnahmen wirksam und vor allem rechtzeitig umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund ist es schwierig vorauszusagen, ob die ehrgeizigen Pläne zur Entmilitarisierung und Reintegration der FARC gelingen werden. Immerhin soll die FARC ihre Kombattanten schon seit geraumer Zeit auf diesen Prozess eingestimmt haben. Auch die Behörden, die auf Erfahrungen aus früheren Prozessen zurückgreifen können, haben ihre Vorbereitungen schon viele Monate vor der Unterzeichnung des Abkommens begonnen. Das Friedensabkommen in Kolumbien ist nur ein Schritt eines langen und steinigen Prozesses. Ob dessen Umsetzung tatsächlich zur Transformation der Konfliktursachen beitragen kann, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

#### [swisspeace](#)

Lisa Ott

[lisa.ott@swisspeace.ch](mailto:lisa.ott@swisspeace.ch)

Co-Head, Dealing with the Past

#### [links](#)

- [swisspeace: Dealing with the Past](#)
- [swisspeace: Aktivitäten in Kolumbien](#)

---

dossier

# Archive: Grundlage für die Vergangenheitsarbeit in Kolumbien



Der Erhalt und der sorgfältige Umgang mit den Archiven ist ein zentraler Bestandteil des Friedensprozesses. Archivo Historico de la Policia Nacional de Guatemala (AHPN Guatemala)

swisspeace unterstützt die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft dabei, die Ermittlungsakten bereitzustellen, welche für die zukünftige Vergangenheitsarbeit notwendig sind. Das Friedensabkommen von 2016 sieht unter anderem eine Wahrheitskommission und ein Sondergericht vor, um die im bewaffneten Konflikt begangenen Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten, zukünftige Gräueltaten zu verhindern und die Rechte der Opfer anzuerkennen. Die neuen Institutionen werden die staatlichen und nichtstaatlichen Initiativen, die bereits heute auf nationaler und lokaler Ebene zur Vergangenheitsarbeit beitragen, ergänzen.

Die Akten der Generalstaatsanwaltschaft enthalten Informationen über die während des Krieges verübten Verbrechen, die für verschiedene Aktivitäten im Rahmen der Vergangenheitsarbeit unerlässlich sind: Diese betreffen nicht nur Täter und Opfer in den verschiedenen Regionen, sondern liefern auch Anhaltspunkte betreffend Motiv, Vorgehensweise, Verantwortlichkeiten und Strukturen innerhalb der verschiedenen am Konflikt beteiligten Akteure, einschliesslich staatlicher Behörden. Der Erhalt und der sorgfältige Umgang mit diesen Akten ist folglich ein zentraler Bestandteil des Friedensprozesses.

swisspeace hat 2016 verschiedene Archive der kolumbianischen Generalstaatsanwaltschaft besucht und Empfehlungen für die Bewertung und Aufbereitung der relevanten Akten gemacht. Die Durchführung dieser Strategie wird nun in einem Pilotprojekt getestet. Die grösste Herausforderung liegt in der ungeheuren Masse von Fallakten, die während des Konflikts generiert wurden. Erschwerend kommt hinzu, dass diese an über hundert verschiedenen Standorten aufbewahrt werden. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Qualifikation der Verbrechen, die schliesslich für die Vergangenheitsaufarbeitung relevant sein werden. Um Fälle nicht fälschlich auszuschliessen, werden sie im Zweifel als „mit dem Konflikt in Zusammenhang stehend“ qualifiziert.

Die Bereitstellung der Archive durch die Generalstaatsanwaltschaft ist eine langfristige Aufgabe und muss von Beginn an sorgfältig geplant und durchgeführt werden.

#### [swisspeace](#)

Lisa Ott

[lisa.ott@swisspeace.ch](mailto:lisa.ott@swisspeace.ch)

Co-Head, Dealing with the Past

#### [links](#)

- [swisspeace: Dealing with the Past](#)
- [swisspeace: Aktivitäten in Kolumbien](#)

---

dossier

# Nationales Abkommen, lokale Umsetzung?



Cinep unterstützt die Gemeinschaften und deren Bemühungen bei der Vermittlung in lokalen und regionalen Konflikten. Cinep

Innerhalb des über fünfzigjährigen bewaffneten Konflikts in Kolumbien entstand auch eine breite Vielfalt sozialer Konflikte. In diesem Kontext mussten Menschen in ländlichen Gebieten Mechanismen zur Lösung von Problemen finden, die weder durch den Staat noch durch die bewaffneten Gruppen, die gewisse Gebiete im Land kontrollierten, angesprochen wurden. Viele Gemeinschaften haben sich sehr gut organisiert – ob nun in Form von kommunalen Räten (den sogenannten Juntas de Acción Comunal) als Basisbewegungen oder als weitreichende Netzwerke und Plattformen. Diese Organisationen haben als direkte Antwort auf Konflikte in ihren Regionen ihre eigenen Formen der Mediation entwickelt. Aufgrund der Legitimität, die diese „VermittlerInnen“ mit der Zeit gewonnen haben, spielen sie in der nun beginnenden Phase nach dem Abkommen eine Schlüsselrolle. Die Unterzeichnung und die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) kann eine wertvolle Gelegenheit sein, diejenigen sozialen Konflikte zu beleuchten, die durch den Krieg aus dem Fokus gedrängt wurden, und neue Konflikte anzugehen, die im Kontext nach dem Abkommen entstehen könnten.

Für das Centro de Investigación y Educación Popular (Cinep) ist dieser neue Kontext eine Gelegenheit, mit staatlichen Institutionen neue Formen von Beziehungen aufzubauen und sich auszutauschen. Er bringt ausserdem eine soziale Verantwortung zur Begleitung der Umsetzung des Abkommens innerhalb der Gemeinschaften mit sich. Dies durch Überwachung, die öffentliche Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, Unterstützung beim Prozess der Landrückgabe, den Friedensförderungsbemühungen von Basisbewegungen und – vor allem – die Entwicklung alternativer Mechanismen für die Konfliktlösung (Dialog, Mediation) als neues Tätigkeitsfeld für Akteure, die sich an vornehmlich gewalttätige Beziehungen gewöhnt haben.

Cinep unterstützt die Gemeinschaften und deren Bemühungen bei der Vermittlung in

lokalen aber auch regionalen Konflikten. Dabei werden vorhandene Kapazitäten ausgebaut und Strategien für konkrete Interventionen ausgearbeitet sowie die Vernetzung mit anderen Akteuren gefördert.

## Cinep

Fernando Sarmiento Santander

fsarmiento@cinep.org.co

Laura Constanza Henao Izquierdo

lhenao@cinep.org.co

## links

- [Cinep](#)

---

dossier

# Für eine starke Rolle der Zivilgesellschaft im kolumbianischen Friedensprozess



Eine Friedensbotschaft im Dorf Pichilín im Departement Sucre, wo Semprandopaz tätig ist. Caritas Switzerland

Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages am 1. Dezember 2016 hat in Kolumbien nach vierjährigen Verhandlungen zwischen Präsident Santos und der FARC eine neue Ära begonnen. Beide Parteien unterschrieben am 24. November 2016 eine überarbeitete Version des Vertrags, nachdem die kolumbianische Bevölkerung eine erste Fassung in einem Referendum Anfang Oktober ablehnte. Mit einer Dauer von über fünf Jahrzehnten konnte mit der Unterzeichnung einer der weltweit längsten und gewalttätigsten Konflikte mit über 200'000 Toten, tausenden Verschwundenen sowie etwa sieben Millionen Vertriebenen, beigelegt werden.

Nun muss mit der Umsetzung des Vertrags begonnen werden. Hierfür ist nicht nur der Wille der Konfliktparteien notwendig, sondern auch die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft. So unterstützen seit 2014 zehn Schweizer Hilfswerke und NGOs (ask!, Caritas Schweiz, COMUNDO, Fastenopfer, HEKS, Peace Brigades International, Peace Watch Switzerland, Swissaid, terre des hommes schweiz, Terre des Hommes Suisse) sowie die Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA und die Schweizer Botschaft in Kolumbien die Organisationen Sembrandopaz und Colemad mit dem Friedensförderungsprogramm Semillas de Esperanza.

Beide sind in der stark vom Konflikt betroffenen Karibikregion tätig. Colemad engagiert sich für den Schutz der Menschenrechte und spezifisch für Landrechte und Frauenrechte sowie für Geschlechtergerechtigkeit. Hierbei setzt sie auf Netzwerk- und Lobbyarbeit sowie Organisationsentwicklung von Basisgruppen. Sembrandopaz unterstützt die Entwicklung in der Region durch den Aufbau von Gemeindestrukturen, einer nachhaltigen Landwirtschaft, die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Schaffung von Dialogforen, um den Friedensprozess auf lokaler und regionaler Ebene zu fördern. Für beide Organisationen ist Friede mehr als die Beendigung des bewaffneten Konflikts. Ihn zu erreichen erfordert ganzheitliche Lösungen, die Partizipation aller sowie einen langen Atem.

### [Semillas de Esperanza](#)

Janne Christ

[jchrist@caritas.ch](mailto:jchrist@caritas.ch)

Programmverantwortliche Kolumbien bei Caritas Schweiz

### links

- [Das Programm Semillas de Esperanza](#)
- [Colemad \(Spanisch\)](#)
- [Sembrandopaz \(Spanisch\)](#)
- [„Frieden bedeutet, benachteiligte Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.“ – Artikel der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien in ihrem Monatsbericht](#)

---

dossier

# Mit Kunst gegen die Gewalt in den Städten

# Kolumbiens



Strassenumzug von Videos y Rollos im Stadtteil Bosa in Bogotá. Videos y Rollos

In Kolumbien setzen viele Friedensinitiativen auf künstlerische und kreative Ansätze, um die Gewalt in den Städten zu bekämpfen. Gute Beispiele dafür sind die Jugendorganisationen Asociación juvenil Videos y Rollos im Stadtteil Bosa in Bogotá und Barrios del Mundo im Stadtteil Chapinero. Sie bieten Jugendlichen Kurse in Musik, Theater, Video, Foto oder bildnerischem Gestalten an, wobei es letztlich nicht nur um die Kunst geht, sondern auch darum, den Jugendlichen neue Entwicklungsperspektiven zu geben. Denn neben dem Erlernen verschiedener Techniken steht immer auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit bestimmten Themen im Vordergrund. Die Jugendlichen lernen Ideen und Meinungen auszutauschen sowie unterschiedliche Standpunkte zu akzeptieren.

Für die Jugendlichen stellt Kunst eine Möglichkeit dar, ihre Meinungen, Gefühle und Beschwerden zu gesellschaftlichen und alltäglichen Themen auf vielfältige Art und Weise zu äussern. Der Prozess ist immer darauf gerichtet, kritische und ausdrucksstarke Jugendliche hervorzubringen. Es ist wichtig, den Jugendlichen verschiedene Ausdrucksmöglichkeiten in die Hand zu geben. Denn wer sich nicht ausdrücken kann, wird auch nicht verstanden. Wer nicht verstanden wird, wird nicht gehört. Und wer permanent nicht gehört wird, wird nicht einbezogen, was wiederum Aggression und Gewalt fördert.

Des Weiteren fördern solche Kunstprojekte eine aktive Mitgestaltung des Quartiers der Jugendlichen. Den jährlichen Höhepunkt bildet ein Kulturfestival im Stadtteil. Durch die gemeinsam durchgeführten Aktivitäten erfahren die Jugendlichen nicht nur gegenseitige Anerkennung, sondern auch einen gewissen Respekt, was wiederum mit einer Erhöhung des Selbstwertgefühls und einer Stärkung der sozialen Bindungen einhergeht.

terre des hommes schweiz unterstützt solche Projekte der Gewaltprävention mit Jugendlichen etwa in Bogotá, Medellín, Cali und im Cauca.

[terre des hommes schweiz](#)

Joachim Jung

[Joachim.jung@terredeshommes.ch](mailto:Joachim.jung@terredeshommes.ch)

Programmkoordinator Kolumbien

[links](#)

- [Die Projekte von terre des hommes schweiz in Kolumbien](#)
- [Kunstplattform Plato Hedro \(Spanisch\)](#)
- [Asociación juvenil Videos y Rollos \( Spanisch\)](#)
- [Colectivo Barrios del Mundo \(Spanisch\)](#)

---

dossier

# Gefährliche Lage für MenschenrechtsverteidigerInnen in Kolumbien



Aktion in Gedenken an die Opfer des bewaffneten Konflikts in Bogotá, 2016. Peace Brigades International

Die Lage der MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV) in Kolumbien bleibt auch im Kontext der Friedensverträge zwischen der kolumbianischen Regierung und den Revolutionären

Streitkräften Kolumbiens (FARC) besorgniserregend. Zwischen Januar und Juni 2016 wurde laut der Organisation Somos Defensores jeden zweiten Tag ein/e MRV angegriffen und jeden fünften Tag eine/r ermordet. Der Grossteil dieser Verbrechen wird aufgrund der strukturellen Straffreiheit nicht geahndet.

Besonders stark gefährdet sind Land- und UmweltaktivistInnen. Peace Brigades International (PBI) und Peace Watch Switzerland (PWS), die MRV durch internationale Präsenz, Beobachtung und Begleitung schützen, berichten hier über zwei Fälle.

Zwischen dem 17. und 21. November 2016 wurden vier Gemeinschaftsführer in Kolumbien ermordet und drei überlebten Mordversuche. Der Aktivist Argemiro Lara, Anführer und Mitglied mehrerer Organisationen, die sich für die Landrechte und Landrückgabe der BäuerInnen im nördlichen Departement Sucre einsetzen, ist einer der Überlebenden. Dank seinem Leibwächter blieb er beim Angriff auf seine Person unverletzt. Aufgrund seines Engagements wurde Lara schon mehrfach Opfer von Einschüchterungen und Bedrohungen, die er stets anzeigte, ohne dass dies jedoch Konsequenzen für die Täter hatte. PBI begleitet diesen Fall.

Seit April 2016 sitzt der Menschenrechtsverteidiger Alvaro García ohne rechtskräftige Verurteilung in Haft. Alvaro ist einer der wichtigsten Aktivisten im Landprozess der beiden Gemeinden Bella Unión und El Guayabo, die akut von Vertreibung von ihrem Land bedroht sind. Die falschen und unbegründeten Anschuldigungen gegen Alvaro sind Teil einer umfassenderen Strategie, Anführer der Gemeinde zu kriminalisieren. Drei weitere Anführer mussten sich über ein halbes Jahr versteckt halten, bevor sie von allen Anschuldigungen freigesprochen wurden. Hiermit wird auch das Ziel verfolgt, den Rest der BewohnerInnen einzuschüchtern, ihren Gemeinschaftsprozess zu schwächen und gezielt die Abwesenheit auszunutzen, um Fakten zu schaffen und sich illegal neues Land anzueignen. PWS begleitet diesen Fall.

#### [Peace Brigades International Schweiz](#)

Katia Aeby

[katia.aeby@peacebrigades.ch](mailto:katia.aeby@peacebrigades.ch)

#### [Peace Watch Switzerland](#)

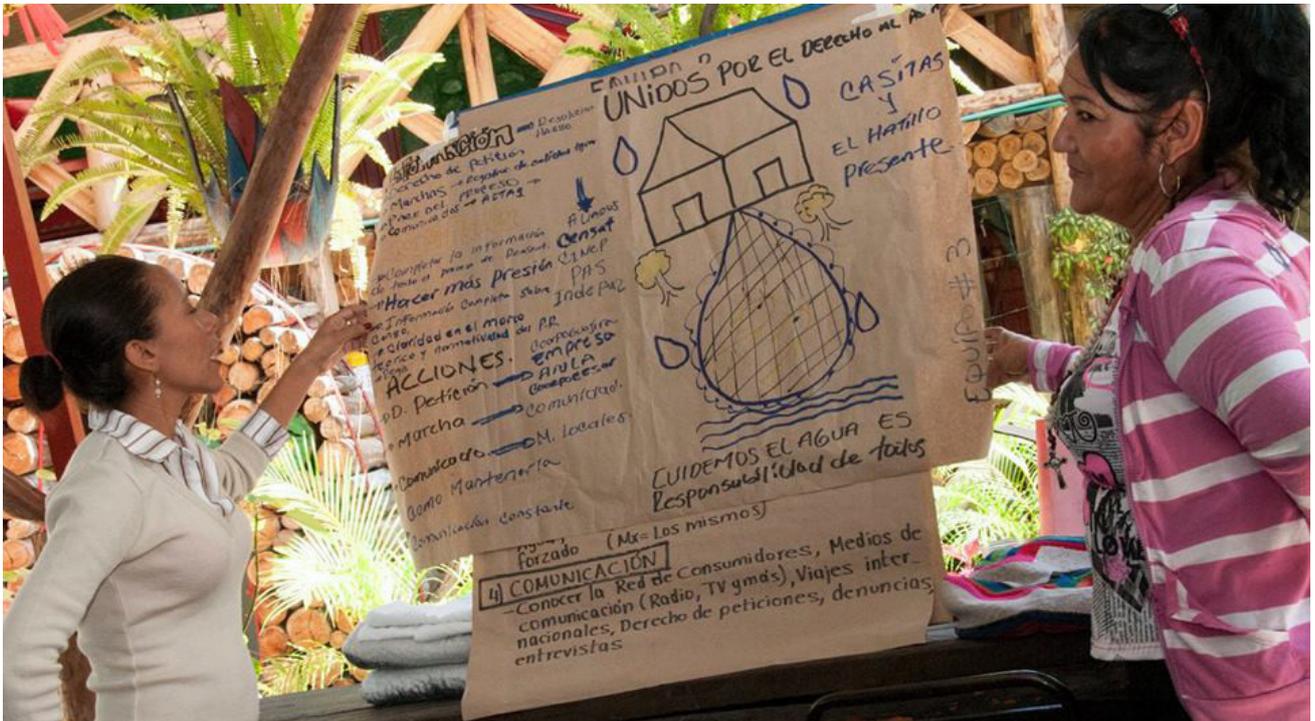
Moritz Wyss

[colombia@peacewatch.ch](mailto:colombia@peacewatch.ch)

#### [links](#)

- [Organisation Somos Defensores \(Spanisch\)](#)
- [Berichterstattung über die Ermordung der vier Gemeinschaftsführer \(Spanisch\)](#)
- [Porträt von Argemiro Lara auf dem Blog von PBI Kolumbien \(Spanisch\)](#)
- [Peace Watch Switzerland](#)
- [Peace Brigades International Schweiz](#)

# Wirtschaft, Menschenrechte und Friedensprozess in Kolumbien



Zusammen mit kolumbianischen Partnerorganisationen begleitet und unterstützt ask! Gewerkschaften, Gemeinschaften und soziale Organisationen. Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien

Kolumbien hat sich in den letzten Jahren ein progressives Image im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte zugelegt, das aber mit der Realität wenig zu tun hat. Schon vor über zehn Jahren wurden die Freiwilligen Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte übernommen, wenig später kamen die Guías Colombia für nicht-extraktive Industrien dazu. 2014 schuf Kolumbien eine öffentliche Politik zu Unternehmen und Menschenrechte und präsentierte im Dezember 2015 als eines der ersten Schwellenländer seinen Nationalen Aktionsplan (NAP) zu Wirtschaft und Menschenrechten. Obwohl das Land dafür viel Lob erhielt, erntete es auch Kritik seitens der Menschenrechtsorganisationen. Bemängelt wurden der oberflächliche Konsultationsprozess, die Nichtbeteiligung der betroffenen Gemeinschaften, die Freiwilligkeit der Massnahmen und die starke Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Unternehmen.

Der Friedensprozess bedeutet nicht, dass es keine Konflikte mehr gibt. Die Investitionsschutz- und Freihandelsabkommen und die damit verbundenen Klagemöglichkeiten für multinationale Unternehmen beschränken den Handlungsspielraum des kolumbianischen Staates zur Förderung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit weiter massiv. Der Umgang mit Grossunternehmen steht deshalb noch vor

grossen Herausforderungen: Menschenrechtsverletzungen auf Grund von Wirtschaftsinteressen sind weiterhin an der Tagesordnung, und eine konsequente und transparente Umsetzungen einer menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung ist selten. Soziale Reformen wurden im Friedensprozess ausser bei der Landfrage vernachlässigt. Ungelöst bleibt zudem die Straflosigkeit von Verbrechen zur Durchsetzung von Unternehmensinteressen.

Die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien setzt sich dafür, dass Schweizer Unternehmen in Kolumbien die Menschenrechte respektieren und die Umwelt schützen. Sie fordert verbindliche Normen, menschenrechtliche Sorgfaltspflicht und transparente Berichterstattung. Zusammen mit kolumbianischen Partnerorganisationen begleitet und unterstützt sie Gewerkschaften, Gemeinschaften und soziale Organisationen, deren Rechte durch Schweizer Unternehmenstätigkeiten beeinträchtigt werden.

#### [Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien](#)

Stephan Suhner

[stephan.suhner@askonline.ch](mailto:stephan.suhner@askonline.ch)

#### links

- [Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien – Wirtschaft und Menschenrechte](#)
- [Webseite der kolumbianischen Regierung zu Wirtschaft und Menschenrechten \(Spanisch\)](#)
- [Fundación Ideas para la Paz \(Englisch und Spanisch\)](#)
- [NGO Indepaz, Unternehmen und Menschenrechte \(Spanisch\)](#)
- [NGO Tierra Digna, Unternehmen und Menschenrechte \(Spanisch\)](#)
- [Partnerorganisation PAS \(Spanisch\)](#)

---

dossier

# Neue Schweizer Kooperationsstrategie für Kolumbien

Die Schweizer Kooperationsstrategie 2017-2020 für Kolumbien steht im Zeichen des komplementären Engagements mehrerer Behörden. Es sind dies die Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS), die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Vorgesehen sind drei verschiedene Handlungsbereiche: Schutz der Zivilbevölkerung, Friedensförderung und Menschenrechte sowie inklusive nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Im Folgenden werden die ersten beiden dieser Interventionsbereiche, welche zu einer gemeinsamen Aktion der AMS und der DEZA gehören, erläutert. Die Beträge für die beiden Programme sind auf vier Jahre ausgelegt und betragen 7 bzw. 35 Millionen Franken.

Der erste Handlungsbereich betrifft abgelegene Gebiete, in denen sich die fehlende

Präsenz des Staates besonders stark bemerkbar macht. Das Ziel ist, die stark exponierten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen, für sie Schutzmechanismen aufzubauen (humanitäre Minenräumung, Schutz der lokalen MenschenrechtsverteidigerInnen, Mechanismen gegen geschlechterspezifische Gewalt, usw.) sowie lokale Institutionen zu stärken.

Im Zentrum des zweiten Handlungsbereichs steht die Schaffung günstiger Bedingungen für eine nachhaltige Konflikttransformation. Die Schweiz will mit ihrer Unterstützung den Zugang zu besseren Lebensbedingungen ermöglichen, das Gesetz über Opfer und Landrückgabe zur Anwendung bringen, Mechanismen der Übergangsjustiz unterstützen und letztlich eine demokratische und friedliche Regierungsführung fördern.

Mit dieser Strategie will die Schweiz die Kohärenz ihrer Aktion stärken und gleichzeitig Synergien zwischen den Behörden fördern. Im Hinblick auf die Komplexität eines alten, rund ein halbes Jahrhundert andauernden Konflikts, der die gesamte kolumbianische Gesellschaft betrifft, ist das tatsächlich unverzichtbar. Damit erneuert die Schweiz ihr Engagement bei einem ihrer engsten Partner des Kontinents.

Autor: Carlos-Felipe Correa Gonzalez

[Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA](#)

Vincent Conus

[vincent.conus@eda.admin.ch](mailto:vincent.conus@eda.admin.ch)

Peace Policy II (Latin America, Sub-Saharan Africa)

[links](#)

- [Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA](#)
- [Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit: Projekte in Kolumbien](#)
- [Staatssekretariat für Wirtschaft: Projekte in Kolumbien](#)

---

erfahren sie mehr darüber

# Inwiefern ist das kolumbianische Friedensabkommen innovativ?

Im November 2016 unterzeichneten die kolumbianische Regierung und die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) nach vier Jahren intensiver Verhandlungen den Friedensvertrag. Ein neuer Bericht von NOREF zeigt auf, inwiefern in diesen Friedenshandlungen innovative Konzepte und Methoden angewendet wurden, welche nicht

nur für die endgültige Ratifizierung der Verträge entscheidend waren, sondern auch für andere Friedensverhandlungen als Vorbild dienen können.

So wurden in Kolumbien beispielsweise die Rechte der Opfer ins Zentrum der Verhandlungen gerückt, eine Gender-Arbeitsgruppe eingesetzt und ein Plan zur Umsetzung schon lang vor der Unterzeichnung der Verträge ausgearbeitet. Auch der Umstand, dass es zwar internationale Unterstützung gab, die lokalen Akteure aber immer die Schirmherrschaft über die Verhandlungen hatten, oder der fundamentale Einbezug der Zivilgesellschaft in den Friedensprozess bestätigen die Neuartigkeit des kolumbianischen Friedensprozesses.

[links](#)

- [NOREF. Innovations in the Colombian peace process. Juni 2016](#)

---

erfahren sie mehr darüber

# Virtuelles Archiv von Friedensverträgen

Eine spannende, neue Datenbank zu Friedensabkommen ist seit kurzem online. „Language of Peace“ ist ein virtuelles Archiv, das tausende Bestimmungen von Friedensverträgen zugänglich und vergleichbar macht. Neben üblichen Suchkriterien wie Region, Sprache oder Zeitraum kann zudem nach spezifischen Thematiken der Friedensförderung (wie zum Beispiel Waffenstillstandsabkommen oder Menschenrechte) gesucht werden, was den Gebrauch der Website sehr benutzerfreundlich macht.

Gerade an Kolumbien zeigt sich der Mehrwert einer solchen Website eindrucklich. Sie macht das innovative Friedensabkommen von Havanna einfach zugänglich, was bei zukünftigen Verhandlungen von Nutzen sein kann. Gleichzeitig wird es möglich, die älteren, gescheiterten Abkommen des kolumbianischen Friedensprozesses genau zu analysieren, und deren Fehler in Zukunft zu vermeiden.

Das Projekt wurde von einem Forscherteam der Universität Cambridge und der UN Mediation Support Unit aufgebaut und soll insbesondere Konfliktparteien und Friedensmediatoren inspirieren. Überzeugen Sie sich selbst!

[links](#)

- [Language of Peace – Virtuelles Archiv von Friedensverträgen](#)

---

erfahren sie mehr darüber

# Gender und Friedensförderung in Kolumbien

Die Rollen, welche Frauen und Männer in einem von Konflikt und Gewalt geprägten Land wie Kolumbien einnehmen, bedürfen einer genaueren Analyse. International Alert hat bereits 2014 in einer Studie darauf hingewiesen, dass Gender auch in der Friedensförderung nicht nur ein „technischer“ Aspekt sein sollte, sondern ein Blickwinkel, innerhalb dessen soziale Normen, Identitäten oder Machtstrukturen untersucht werden müssen. Gerade in Kolumbien gab es im Zusammenhang mit dem Konflikt immer wieder sexuelle Gewalt oder Zwangsprostitution.

In der Studie wurde mit drei lokalen NGOs zusammengearbeitet, die ihre tägliche Friedensarbeit mit Blick auf Genderfragen leisten. Basierend auf den Ergebnissen der Forschung vor Ort liefert diese Publikation eine tiefgründige, geschlechtsspezifische Analyse in wichtigen Bereichen der Friedensförderung in Kolumbien.

## links

- [International Alert. Re-examining identities and power. Gender in peacebuilding in Colombia. Oktober 2014](#)

---

aktuell

## swisspeace / KOFF



# swisspeace stellt sich vor

Im Dezember hat swisspeace ein neues Video veröffentlicht. Es soll kurz und prägnant die Aktivitäten der Schweizerischen Friedensstiftung visualisieren und zeigen, warum Friedensarbeit von globaler Bedeutung ist. Zudem werden Vision, Ziele sowie die methodischen Ansätze von swisspeace erörtert. Teilen Sie dieses Video und helfen Sie swisspeace, die friedensfördernde Arbeit bekannt zu machen!

Des Weiteren wurden bisher drei Videos zu den Themenbereichen von swisspeace lanciert. Im Ersten wird gezeigt, dass Vergangenheitsarbeit ein essentieller Teil ist, um mit dem Erbe von Menschenrechtsverletzungen umzugehen, und was eine Gesellschaft daraus lernen kann. Das Video zum Thema Staatlichkeit streicht die grossen Herausforderungen heraus, die im Zusammenhang mit fragilen Staaten bestehen. Im dritten Video steht das Thema Mediation im Fokus. Dabei wird gezeigt, wie wichtig es ist, dass Friedensverhandlungen effektiver und inklusiver werden, um Frieden nachhaltig zu gestalten. Weitere Präsentationsvideos folgen noch im Laufe der nächsten Monate.

## swisspeace

Lukas Krienbuehl

lukas.krienbuehl@swisspeace.ch

Head of Communications

## links

- [swisspeace | Preventing violent conflict – promoting peace](#)
- [swisspeace | Dealing with the Past](#)
- [swisspeace | Statehood](#)
- [swisspeace | Mediation](#)

# Religion als Konfliktursache oder Friedensstifterin? Der neue CAS Religion & Konflikt

Das Phänomen der „Wiederentdeckung“ des Religiösen lässt sich weltweit beobachten. Religion tritt vermehrt als Konfliktfaktor in Erscheinung, sei es auf innerstaatlicher oder zwischenstaatlicher Ebene, in der Schweiz oder im Ausland. Deshalb legt der CAS Religion & Konflikt von swisspeace den Fokus auf das Verhältnis von Staat und Religion, Konfliktdimensionen von Religion, das konfliktschlichtende und friedensstiftende Potenzial von Religionen sowie Methoden und Instrumente für den Umgang mit Konflikten mit religiösen Dimensionen.

Gewinnen Sie vertiefte Kenntnisse über die sogenannten Weltreligionen, analysieren Sie Fallstudien zu aktuellen Konflikten mit religiösen Dimensionen und lernen Sie mehr über

die multireligiöse Schweiz.

Der CAS-Zertifikatslehrgang beginnt im April und endet im Oktober 2017. Er besteht aus 17 Kurstagen und kann innerhalb von einem oder zwei Jahren abgeschlossen werden. Die Kursblöcke finden Donnerstag bis Samstag an der Universität Basel statt. Der CAS richtet sich an Berufstätige und AkademikerInnen, die sich für Religion als Faktor in Konflikten interessieren und aktuelle Erkenntnisse aus der Forschung mit Praxiserfahrung verbinden möchten. Anmeldeschluss ist der 28. Februar 2017.

[swisspeace](#)

Franziska Sigrist

academy@swisspeace.ch

Head of training

[links](#)

- [Weitere Informationen](#)
- [Anmeldung](#)

## Kurs „Preventing Violent Conflicts“ von swisspeace

Obwohl nach Schocks wie in Ruanda und Srebrenica in den 90er-Jahren auf internationaler Ebene vermehrt Druck und Massnahmen zur Prävention gewalttätiger Konflikte und Massengräueltaten ausgeübt wurden, ist die Anzahl bewaffneter Konflikte in den letzten Jahren gestiegen. Die Kriege in Syrien, im Südsudan oder der Ukraine unterscheiden sich zwar bezüglich Akteure, treibender Kräfte und Dynamiken, werfen aber alle die Frage auf, ob und wie Gewalt und deren Eskalation hätten verhindert werden können. Dass die Konfliktprävention nun erneut in den Fokus rückt, ist keine Überraschung, vor allem aus der Kosten-Nutzen-Perspektive: Investitionen in die Prävention sind sinnvoller als ein Wiederaufbau nach dem Konflikt.

Der Kurs „Preventing Violent Conflicts“ von swisspeace bietet Einblicke in das Konzept der Konfliktprävention sowie dessen Schwachstellen und erforscht, welche Zusammenhänge mit Themen wie der Prävention von gewalttätigem Extremismus und Massengräueltaten bestehen. Er basiert auf Erkenntnissen und “Best Practices” aus der Konfliktforschung und untersucht praktische Instrumente und Methoden zur Anwendung von Konfliktprävention in Ihrem Arbeitsumfeld.

Der Kurs eignet sich für Fachleute und politische EntscheidungsträgerInnen, die in der Friedensförderung und Entwicklung tätig sind, sowie für PraktikerInnen und AkademikerInnen. Anmeldeschluss ist der 28. Februar 2017.

[swisspeace](#)

Ursina Bentele

academy@swisspeace.ch

Program Officer, training

links

- [Weitere Informationen](#)
- [Anmeldung](#)

---

aktuell

# KOFF Trägerorganisationen

## Fondation Hironnelle: neue Leitung, ungebrochene Überzeugung

Ende 2016 ist Jean-Marie Etter, Generaldirektor der Fondation Hironnelle und neben Philippe Dahinden und François Gross Mitbegründer der Organisation, in den Ruhestand getreten. Die frühere Geschäftsführerin Caroline Vuillemin hat per 1. Januar 2017 die Nachfolge als Generaldirektorin angetreten. Ebenfalls in die Generaldirektion eingestiegen sind Xavier de Bruyn als Geschäftsführer und Redaktionsleiter sowie Philippe Bovey als Generalsekretär, der die Dienste in den Bereichen Support, Administration, Finanzen, Logistik und Sicherheit überwacht. Die neue Leitung wird von Nicolas Boissez unterstützt, der zuvor Programmverantwortlicher war und jetzt die neue Stelle als Beauftragter für Kommunikation und Aussenbeziehungen antritt.

Seit 1995 widmet sich die Fondation Hironnelle der Unterstützung oder dem Aufbau unabhängiger Medien in Krisengebieten oder Ländern im Übergang. Heute vertrauen mehrere Millionen Menschen auf der ganzen Welt auf die Informationen der Organisation, wenn es um die Bewältigung lebensbedrohlicher Probleme im Alltag geht.

### [Fondation Hironnelle](#)

Nicolas Boissez

[nicolas.boissez@hironnelle.org](mailto:nicolas.boissez@hironnelle.org)

Beauftragter für Kommunikation und Aussenbeziehungen

links

- [Internetseite der Fondation Hironnelle \(Französisch oder Englisch\)](#)
- [Facebook](#)
- [Twitter](#)

PeaceNexus bietet Organisationsentwicklung für

# Friedensorganisationen an

Die Schweizerische Stiftung PeaceNexus unterstützt seit 2009 Veränderungsprozesse von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie internationalen NGOs im Friedensbereich.

Interessierte Organisationen können sich bei PeaceNexus mit einer Interessensbekundung bewerben, die darlegt, von welchen Herausforderungen die Organisation betroffen ist, und inwiefern deren Überwindung die Wirksamkeit ihres Friedensbeitrages erhöhen würde. Auf die diesjährige Ausschreibung können sich bis zum 12. Februar interessierte CSOs/NGOs aus bestimmten Ländern des Westbalkans, Zentralasiens und Westafrikas sowie international tätige Friedensorganisationen bewerben.

Eine ausführliche Beschreibung, wie PeaceNexus Organisationsentwicklung unterstützt und Beispiele, was Partnerorganisationen dadurch erreicht haben, findet sich auf der PeaceNexus Webseite, sowohl auf Englisch als auch auf Französisch.

## [PeaceNexus](#)

Lisa Ibscher

[lisa.ibscher@peacenexus.org](mailto:lisa.ibscher@peacenexus.org)

Team Leader NGO Sector

## [links](#)

- [PeaceNexus](#)

# Die UNO verabschiedet eine Erklärung über das „Recht auf Frieden“

Die von der UN-Generalversammlung am 19. Dezember 2016 verabschiedete Erklärung ist die neueste in einer langen Reihe von Erklärungen zur Erinnerung an die Bedeutung von Frieden für den Menschen. Individuen haben das Recht auf eine soziale Ordnung, die ihnen die Verwirklichung all ihrer Rechte ermöglicht (Allgemeine Erklärung, Art. 28), ein heiliges Recht auf Frieden (1977), das Recht der Völker auf Frieden (1984), das Recht auf eine Kultur des Friedens (mehrere Resolutionen in den 1990er-Jahren) und nun auch das Recht, „den Frieden zu geniessen“.

Die Charta der Vereinten Nationen kann das Recht der Staaten auf Frieden zwar nicht anwenden, heisst es jedoch gut. Ein Recht für Individuen auf Frieden ist ebenfalls legitim. Es wäre schön gewesen, wenn über die Verabschiedung einer solchen Erklärung Konsens bestanden hätte. Seit seiner Gründung arbeitet APRED für die Anerkennung von Frieden als Menschenrecht und wird dies in seinem bescheidenen Wirkungsbereich weiterhin tun.

## [APRED](#)

Christophe Barbey

cb@apred.ch  
Koordinator

#### links

- Die Erklärung über das Recht auf Frieden (A/RES/71/189)
- APRED über das Recht auf Frieden (auf Englisch)

---

aktuell

# International



TeilnehmerInnen am ersten Panel des Basel Peace Forum. Gabriel Hill

## Basel Peace Forum denkt Frieden neu

Trotz zahlreicher internationaler Anstrengungen stellen Rückschläge frühere Erfolge der Friedensförderung in Frage. Das Basel Peace Forum hat sich zum Ziel gesetzt, den Frieden neu zu denken. Rund 120 EntscheidungsträgerInnen aus Wirtschaft, Diplomatie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft trafen sich am 15. und 16. Januar 2017 zur ersten Ausgabe, um neue Ideen für den Frieden zu entwerfen.

Auf dem Programm standen zwei Paneldiskussionen mit illustren Gästen wie der syrischen Architektin Marwa Al-Sabouni, dem ehemaligen finnischen Minister für Internationale Entwicklung und aktuellen Präsident des European Institute for Peace, Pekka Haavisto, oder dem CEO der Ikea Stiftung, Per Heggenes. Des Weiteren fanden drei Workshops, die sich dem Verhältnis von Frieden zu Gesundheit, künstlicher Intelligenz und Risikoanalyse widmeten, statt.

Die Diskussionen haben gezeigt, dass es sektorübergreifende Zusammenarbeit braucht, um neue Partnerschaften in der Friedensförderung aufzubauen. Zudem sollte sich die Wirtschaft das Thema Frieden stärker aneignen. Nicht zuletzt wurde anerkannt, dass die technische Revolution und die künstliche Intelligenz zwar Chancen bieten, aber auch soziale Herausforderungen mit sich bringen. Ein Appell mit diesen drei Forderungen wurde an die internationalen EntscheidungsträgerInnen formuliert.

Das Basel Peace Forum 2017 wurde von swisspeace durchgeführt. Der Kanton Basel-Stadt, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und private Personen trugen es finanziell mit. Das Basel Peace Forum soll regelmässig stattfinden und über die nächsten Jahre eine globale Bedeutung und Ausstrahlung erlangen.

#### [swisspeace](#)

Lukas Krienbuehl

[lukas.krienbuehl@basel-peace.org](mailto:lukas.krienbuehl@basel-peace.org)

Head of Communications

#### [links](#)

- [Basel Peace Forum](#)
- [Medienmitteilung vom 16.01.17: Basel Peace Forum fordert anpassungsfähige und verantwortungsvolle Führung für Frieden](#)
- [Das Basel Peace Forum auf Facebook](#)
- [Das Basel Peace Forum auf Twitter](#)

## OSZE-Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft

Die OSZE-Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft fand am 6. und 7. Dezember 2016 in Hamburg statt. Organisiert wurde sie von der Civic Solidarity Platform, einem im Rahmen der OSZE aktiven Netzwerk von NGOs, und schliesst die einjährige Arbeit zur Schlüsselrolle der Zivilgesellschaft im Kampf für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ab.

Angesichts der Gewalt und dem zunehmenden Extremismus in weiten Bevölkerungskreisen spielt die Zivilgesellschaft für die Überwindung von Krisen und Konflikten eine entscheidende Rolle. Jedoch sind die realen Aussichten für viele OSZE-Länder, deren Zivilgesellschaft immer mehr an Handlungsspielraum einbüsst, düster.

An der OSZE-Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft 2016 kamen über 120 TeilnehmerInnen zusammen, um Lösungen für die aktuellen Herausforderungen – die Krisen und die

gewalttätigen Konflikte sowie beunruhigende Entwicklungen in der OSZE-Region – zu finden. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen wurden in zwei finalen Dokumenten zusammengefasst; darunter die Hamburger Erklärung (Hamburg Declaration), der vonseiten der deutschen Behörden, die 2016 den Vorsitz der OSZE innehatten, grosse Beachtung zuteil kam.

[swisspeace](#)

Natascha Cerny

[natascha.cerny@swisspeace.ch](mailto:natascha.cerny@swisspeace.ch)

[links](#)

- [Artikel von FriEnt über die Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft \(Englisch\)](#)
- [Civic Solidarity Platform](#)
- [Hamburg Declaration on Protecting and Expanding Civil Society Space](#)

---

agenda

# Bevorstehende Veranstaltungen

6. Februar 2017

Lausanne, Schweiz

## [Wie kann man die Spirale der Gewalt verlassen? Ein Austausch zwischen Norden und Süden](#)

Individuell oder gemeinschaftlich, Gewalt beeinflusst uns alle tagtäglich. Obwohl sie starke Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit hat, wird sie oft akzeptiert oder verharmlost. Gewalttätiges Verhalten ist alles andere als angeboren, wird aber von Generation zu Generation weitergegeben. Wie kann die Spirale der Gewalt verlassen und die Fähigkeit, friedlich in Gemeinschaften zu leben, wieder aktiviert werden, insbesondere in Ländern wie Ruanda, wo die Nachwirkungen des Krieges bis heute präsent sind? Eine Konferenz der fedevaco am 6. Februar widmet sich diesem Thema.

[Weitere Informationen](#)

---

13. Februar 2017

Basel, Schweiz

## [Welche Werte gelten? Bringt Migration die Schweizer Werte aus dem Lot?](#)

In letzter Zeit wird in der Öffentlichkeit vermehrt über die Schweizer Werte diskutiert, was auch eine Folge der Fluchtbewegungen von Menschen ist. Während einige die wertorientierte Schweiz in Gefahr sehen, verstehen andere diese Entwicklung als Chance. Welche Art von Toleranz will die Schweiz? Dazu veranstaltet die Mission 21 am 13. Februar

in Basel eine Diskussionsrunde mit verschiedenen Religionsexperten.

[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

---

24.-25. Februar 2017

Basel, Schweiz

### [Anmeldung zum swisspeace Training „Peace Mediation“](#)

Bilden Sie sich im Bereich Konflikttransformation weiter und verbessern Sie ihre Verhandlungs- und Mediationskompetenzen. Das „Peace Mediation“ Training findet vom 24. bis 25. Februar 2017 im Rahmen des CAS 2016/2017 von swisspeace in ziviler Friedensförderung statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung so bald als möglich](#)

---

27. Februar 2017

Zürich, Schweiz

### [Diskussion über den Weltentwicklungsbericht der Weltbank](#)

Die Weltbank publiziert jedes Jahr einen Bericht zu einem spezifischen Aspekt von Entwicklung. Dieses Jahr hat sie sich den Themen Regierungsführung und Recht gewidmet, was das „Center for Development and Cooperation“ (NADEL) der ETH Zürich dazu veranlasst hat, einen Diskussionsabend zum Thema am 23. Januar in Zürich zu organisieren.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung](#)

---

Bis 28. Februar 2017

Basel, Schweiz

### [Anmeldung zum swisspeace Kurs „Gender in Conflict & Peacebuilding“](#)

Am 7. und 8. April findet im Rahmen des CAS-Jahreskurses „Civilian Peacebuilding“ 2016/2017 der Kurs „Gender in Conflict & Peacebuilding“ statt. Dabei geht es um die unterschiedlichen Rollen von Frauen und Männern in der Friedensförderung und die Anwendung einer Genderperspektive in den Konfliktkontexten. Anmeldeschluss ist der 28. Februar 2017.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 28. Februar 2017](#)

---

Bis 28. Februar 2017

Basel, Schweiz

### [Anmeldung zum neuen CAS Kurs „Religion & Konflikt“](#)

Religion als Konfliktursache oder Friedensstifterin? Der neue swisspeace CAS Kurs „Religion & Konflikt“ legt den Fokus auf das Verhältnis von Staat und Religion, die Konfliktdimensionen von Religion, das konfliktschlichtende und friedensstiftende Potenzial

von Religionen sowie auf Methoden und Instrumente für den Umgang mit Konflikten mit religiösen Dimensionen. Der Kurs beginnt im April, endet im Oktober 2017 und besteht aus 17 Kurstagen. Anmeldeschluss ist der 28. Februar 2017.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 28. Februar 2017](#)

---

Bis 28. Februar 2017

Basel, Schweiz

### [Anmeldung zum swisspeace Kurs „Preventing Violent Conflicts“](#)

Der Kurs „Preventing Violent Conflicts“ von swisspeace bietet Einblicke in das Konzept der Konfliktprävention sowie dessen Schwachstellen und erforscht, welche Zusammenhänge zwischen Themen wie der Prävention von gewalttätigem Extremismus und Massengräueltaten bestehen. Er findet am 3.-5. Mai 2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 28. Februar 2017](#)

---

13.-17. März 2017

Basel, Schweiz

### [Anmeldung zum Kurs „Fragility, Conflict & Statebuilding“](#)

Fragile Staaten sind sowohl für BürgerInnen vor Ort als auch für internationale EntscheidungsträgerInnen von grosser Sorge. Aber was genau ist überhaupt ein fragiler Staat? Der swisspeace Kurs „Fragility, Conflict & Statebuilding“ verbindet Konzepte gewalttätiger Konflikte mit Fragilität, Staatsaufbau sowie Friedensförderung. Der Kurs findet vom 13. bis 17. März 2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung so bald wie möglich](#)

---

23. März 2017

Basel, Schweiz

### [Internationale Zusammenarbeit in fragilen Staaten: Das Beispiel Afghanistan](#)

Wie engagiert sich die Schweiz in fragilen Staaten und was sind dabei ihre Ziele? Diese Frage wird im Rahmen eines Vortrags am Beispiel des Schweizer Engagements in Afghanistan erläutert. Die DEZA engagiert sich seit 2002 und dem Fall des Taliban-Regimes in einem langfristig angelegten Aufbauprogramm mit Schwerpunkten in Bildung, lokaler Gouvernanz und Menschenrechte in Afghanistan. Dieses Engagement wird am Abend des 23. März 2017 genauer vorgestellt.

[Weitere Informationen](#)

---

Bis 31. März 2017

Basel, Schweiz

## [Anmeldung zum Training „Human Rights and Conflict Transformation“](#)

Das swisspeace Training „Human Rights and Conflict Transformation“ zielt auf die Verknüpfung von Menschenrechten und Konzepten der Konflikttransformation in der Praxis ab und fragt, wie dieser interdisziplinäre Ansatz bei der Projektentwicklung, -umsetzung und -evaluation eingesetzt werden kann. Das Training findet am 31. Mai bis am 2 Juni 2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 31. März 2017](#)

---

Bis 30. April 2017

Basel, Schweiz

## [Anmeldung zur Sommerschule zum Südsudan](#)

Welchen Beitrag kann die Friedens- und Konfliktforschung zum Verständnis der Konfliktdynamiken im Südsudan leisten? Und wie kann die Praxis ihrerseits die Forschung weiterbringen? Aufbauend auf den theoretischen Grundlagen der Friedens- und Konfliktforschung vermittelt die Sommerschule von swisspeace einen Überblick über die aktuellen akademischen und politikbezogenen Debatten der Friedensförderung und erörtert deren Relevanz für den Kontext Südsudan.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. April 2017](#)

---

Dieses PDF wurde automatisch generiert.  
Lesen sie à propos: [www.swisspeace.ch/apropos](http://www.swisspeace.ch/apropos)

---

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Marie Seidel, Luca Gschwind
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	Kinder schwenken die kolumbianische Flagge in Cartagena, Kolumbien. Copyright: Creative Commons / Carlos Reusser Monsalvez

## KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung  
La plateforme suisse de promotion de la paix  
The Swiss platform for peacebuilding

---

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	Geneva Call	Palmyrah
Alliance Sud	Graines de Paix	Peace Watch Switzerland
APRED	Green Cross Schweiz	Peace Brigades International
artasfoundation	GSoA	Quaker United Nations Office
BAHA'I	HEKS	Schweizerische Flüchtlingshilfe
Brücke · Le pont	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerischer Friedensrat
Caritas Schweiz	IAMANEH Schweiz	Schweizerischer Katholischer
Caux - Initiativen	Institute for Conflict	Frauenbund
der Veränderung	Transformation and	Schweizerisches Rotes Kreuz
cfp	Peacebuilding	SCI Schweiz
DCAF	IFOR-Schweiz	Solidar Suisse
Eirene Schweiz	Interpeace	SOS Kinderdorf
Fastenopfer	Luzerner Initiative für Frieden	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Fondation Hirondelle	und Sicherheit (LIPS)	Swiss Academy for
FriedensFrauen Weltweit	medico international schweiz	Development
Frauen für den Frieden	Medienhilfe	SWISSAID
Schweiz	mission 21	Terre des Femmes Schweiz
Gesellschaft für bedrohte	miva Schweiz - transportiert	terre des hommes schweiz
Völker	Hilfe	TRIAL